

Stefanie Wahl

Medien- und Öffentlichkeitsarbeit

Hegelallee 3
14467 Potsdam

Telefon 0331 / 23 72 92 - 16
Telefax 0331 / 23 72 92 - 29

stefanie.wahl@lakd.brandenburg.de

SPERRFRIST: 29.09.2022 14 Uhr

Pressemitteilung Nr. 59 vom 29. September 2022

„Erleben, überleben, weiterleben“. Veranstaltung zum Abschluss der Stiftung Anerkennung und Hilfe im Land Brandenburg

Zum Ende der Stiftung Anerkennung und Hilfe nach fast sechs Jahren wurden der Öffentlichkeit wichtige Erkenntnisse der Arbeit präsentiert.

Im Land Brandenburg wurden von der Stiftung Anerkennung und Hilfe seit 2017 knapp 1.900 Männer und Frauen durch eine Geldpauschale in Höhe von 9.000 Euro unterstützt. 600 von ihnen bekamen darüber hinaus eine Rentenersatzleistung von 3.000 bzw. 5.000 Euro, weil sie als Jugendliche in den Einrichtungen arbeiten mussten, ohne dass dafür Rentenbeiträge abgeführt wurden. Insgesamt wurden bis jetzt 19,6 Mio. Euro an diese Betroffenen ausgezahlt.

Fast alle der Unterstützten litten unter psychischer, viele auch unter körperlicher Gewalt. Diese reichte zum Beispiel von Fixierungen an Heizungen und Betten über Isolierung in dunklen Räumen bis hin zu Schlägen. Vielen Kindern und Jugendlichen blieb eine pädagogische Förderung vorenthalten, ein Teil der Betroffenen bekam keine Schulbildung, obwohl die persönlichen Voraussetzungen dazu vorhanden waren. Die Betroffenen leiden bis heute unter den Folgen der damaligen Unterbringung.

In ihrem Beitrag sagte **Dr. Maria Nooke**, die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur:

„Es ist wichtig, Fachkräfte in der sozialen Arbeit darüber aufzuklären, wie es jungen Menschen in DDR-Behinderteneinrichtungen und Psychiatrien erging, wo sie teilweise nur verwahrt wurden, und welche Folgen sich daraus bis in die Gegenwart ergeben. Manch heutige Verhaltensweisen oder Einschränkungen können dadurch besser verständlich werden. Betroffene haben durch die mangelnde Förderung im Kindes- und Jugendalter oder durch Gewalt und damit verbundenem Hospitalismus massive Nachwirkungen, die sich zum Beispiel in zwanghaftem Verhalten, sozialer Angst oder Rückzugserscheinungen ausdrücken. Es gilt, sich bewusst zu machen, wie schnell Gewalt und Demütigung entstehen können und welche langwierigen Folgen sie haben. Das gilt auch für junge Menschen mit Einschränkungen, die heute in Heimen oder Wohnstätten betreut werden.“

Auf der Veranstaltung kamen auch Betroffene, Errichter und Wissenschaftler zu Wort.

Marion Haufe, Sozialarbeiterin und Zeitzeugin:

„Für mich geht es bei der Aufarbeitung nicht nur um Anerkennung dessen, was mir vor Jahren an unerträglicher Demütigung, Entwürdigung und Vernachlässigung passierte, sondern gleichermaßen um die Gegenwart. Es gibt auch heute noch Missstände in der Versorgung Hilfebedürftiger, sowie strukturelle Bedingungen, die Übermacht und Gewalt ermöglichen.“

Michael Ranft, Staatssekretär im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg und Vertreter der Errichter der Stiftung Anerkennung und Hilfe:

„Das Anliegen der Stiftung war die gesellschaftliche Anerkennung des erlebten Leids und Unrechts und die Unterstützung der Betroffenen. Aus den Kindern und Jugendlichen von damals sind Erwachsene geworden, die ihr Leben lang unter den teils massiven Folgeschäden leiden. Das sind Traumata, Depressionen, Ess- und Trinkstörungen, die sich wiederum auf ihr Familien- und Erwerbsleben negativ auswirken. Wieder gut machen kann das niemand, aber die Stiftung hat in vorbildlicher Weise für ein Stück Gerechtigkeit und Aufarbeitung gesorgt und dafür möchte ich von Herzen danken.“

Prof. Dr. Anke Dreier-Horning, Professur für Pädagogik in der Sozialen Arbeit an der Evangelischen Hochschule Berlin

„In den Einrichtungen des Bildungs- und Gesundheitswesens der DDR haben Kinder und Jugendliche leidvolle Erfahrungen gemacht, die weniger auf problematische Erziehungsvorstellungen zurückzuführen sind, sondern vielmehr ihre Ursachen in Dehumanisierungsprozessen hatten. Behinderte Kinder in Einrichtungen in der DDR wurden oftmals nicht gemäß ihren menschlichen Eigenschaften behandelt, sondern wie ein empfindungsloser, toter Gegenstand, sozusagen als ‚Ding‘ behandelt.“

Hintergrund:

Die Anlauf- und Beratungsstelle der Stiftung Anerkennung und Hilfe für das Land Brandenburg stellt ihre im Jahr 2017 begonnene Arbeit zum Jahresende ein. Die Stiftung ist von Bund, Ländern und Kirchen für den Zeitraum von 2017 bis 2022 errichtet worden.

Ziele der Stiftung Anerkennung und Hilfe sind

- die individuelle Anerkennung von Leid und Unrecht der Betroffenen
- die Bewältigung heute noch bestehender Folgewirkungen durch Anerkennungs- und Unterstützungsleistungen
- die öffentliche Anerkennung der damaligen Verhältnisse und Geschehnisse und deren wissenschaftliche Aufarbeitung

Die Anlauf- und Beratungsstelle beriet Menschen, die als Minderjährige in der Bundesrepublik von 1949 bis 1975 und in der DDR von 1949 bis 1990 in stationären Einrichtungen der Psychiatrie und Behindertenhilfe Leid und Unrecht erfuhren und bis heute an den Folgen leiden.